



Neben Wolfgang Bosbach und Klaus-Peter Willsch gehört Carsten Linnemann zu den bekanntesten Kritikern der „Euro-Rettung“ innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Auch in der Flüchtlingsfrage setzt der Paderborner Abgeordnete andere Akzente als die Parteispitze (siehe auch: Zur Person).

Vor allem aber bedauert Linnemann, dass die Flüchtlingsfrage andere wichtige Themen überlagert. Dies gelte auch für mittelständische Problembereiche, sagte Linnemann, der zudem Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU ist, anlässlich eines Gedankenaustausches mit BDS-Präsident Günther Hieber, Vize-Präsident Hans-Peter Murmann und Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer. Gerade in Zeiten niedrigerer Zinsen, eines niedrigen Ölpreises und eines schwachen Euros müssten sich die verantwortlichen Politiker die Frage stellen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um auch morgen in einer globalisierten Welt bestehen zu können, so Linnemanns Botschaft.

Spielball politischen Wettbewerbs

Unisono teilten die BDS-Vertreter Linnemann mit, dass seine Befürchtungen auch die des Verbandes seien. So mutiere zum Beispiel das Thema Mindestlohn zum Spielball des politischen Wettbewerbs, weil inzwischen Linkspartei und Bündnisgrüne einen Mindestlohn von 10 Euro/Stunde forderten und dabei die Orientierung an Marktwirtschaft und Produktivität außen vor bleibe. Den Vertretern der Linksparteien könne er nur empfehlen, in den Gesetzestext zu schauen, sagte Linnemann. Über die Höhe des Mindestlohnes habe

die Mindestlohnkommission zu entscheiden und nicht die Politik. Dies gelte auch an die Adresse derjenigen, die den Mindestlohn wieder senken wollten, hob der CDU-Spitzenpolitiker hervor.

Auch dass die Zusage, die Kalte Progression abzubauen und den sogenannten Mittelstandsbauch zu begradien nicht mehr auf der Tagesordnung stehe, fand die Kritik von Günther Hieber, „weil Haushaltsüberschüsse wohl komplett für die Flüchtlingshilfe benötigt werden“.

Wenig lohnende Mehrarbeit

Dies sei so nicht ganz korrekt, merkte Carsten Linnemann an. Zum 01. Januar 2016 sei die Kalte Progression rückwirkend mit einem Entlastungsvolumen von 1,5 Milliarden Euro abgebaut worden. Natürlich wäre es sinnvoller gewesen – so Linnemann weiter –, den Abbau unter Berücksichtigung der letzten zehn Jahre vorzunehmen, aber das sei innerhalb der Koalition nicht durchsetzbar gewesen. Gleichwohl müsse man penibel darauf achten, dass im Jahre 2017 wieder rückwirkend für zwei Jahre ein Abbau erfolge. Dies stehe so auch im Gesetz, hob Linnemann hervor.

Der sogenannte Mittelstandsbauch wiederum sei eine andere Baustelle, unterstrich Linnemann. Das eklatanteste Problem sei, dass sich in Deutschland Mehrarbeit nicht mehr lohne. Mache zum Beispiel ein Ingenieur im tariflichen Bereich Überstunden und lasse sich diese auszahlen, so bleibe finanziell gesehen von der Mehrarbeit unterm Strich auf dem Gehaltszettel nicht mehr viel übrig. Jobbe der Ingenieur für 400 Euro an einer Tankstelle, dann würde er nicht im Grenzsteuerbereich

Flüchtlingskrise überlagert wichtige Themen

MIT-Vorsitzender **Carsten Linnemann**: Neiddebatte verhindern



Carsten Linnemann empfing die BDS-Vertreter Hans-Peter Murmann und Günther Hieber

sondern im Grenznutzungsbereich arbeiten. Das heiße für ihn, zum Beispiel zusätzliche Überstunden, in welcher Form auch immer, steuerlich zu „honorieren“, betonte Linnemann. Ausgenommen seien davon natürlich die Sozialabgaben.

Koalitionskompromiss vertretbar

Während Günther Hieber beim Thema Erbschaftssteuer ein Modell präferiert, welches sich ausschließlich an der Ertragsbesteuerung orientiert, hält Carsten Linnemann den gefundenen Koalitionskompromiss für vertretbar. So werde verhindert, dass es zu einer Neidebatte komme. Jeder habe nämlich Verständnis dafür, dass Unternehmen, die ihren Mitarbeiterbestand halten wollten, beim Betriebsvermögen von der Erbschaftssteuer befreit würden.

Was ihn aber noch mehr Sorgen bereite, sei die zurzeit geführte Rentendebatte. Wer das Rentenniveau erhöhen wolle, müsste gleichzeitig die Beiträge für die einzahlende Generation erhöhen. Dies wiederum würde sich schädlich auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auswirken. Dass die private Vorsorge, einschließlich der Riester-Rentenverträge, kaum noch Renditen erwirtschaftete, lge nicht am System, sondern an der Null-Zins-Politik von EZB-Chef Draghi. Linnemanns Philippika: „Wir müssen dringend das Stimmengewicht im EZB-Rat dahingehend verändern, dass Mal-

ta nicht genau die gleiche Stimmengewichtung wie Deutschland hat.“ Könnte Deutschland ein Zinsniveau von 2,5 bis 3 Prozent verzeichnen, sehe die Situation bei der Altersvorsorge weitaus positiver aus. Zwar wolle Draghi den Südländern Geld geben, damit diese Schulden abbauen und Reformen einleiten, aber es passiere genau das Gegenteil von dem, was beabsichtigt sei, kritisierte der CDU-Abgeordnete. Die Niedrigzinspolitik Draghis sei nur ein Anreiz für die Südländer, noch mehr Schulden zu machen. Trotz der derzeitigen EZB-Politik sei es dennoch notwendig, durch Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen Vorsorge zu treffen, dass man beim Renteneintritt nicht in die Grundversicherung rutsche.

Pflicht zur Versicherung

Daher sein Vorschlag: Auch Solo-Selbstständige werden verpflichtet, neben der gesetzlichen Rentenversicherung auch privat Vorsorge zu treffen. Wichtig dabei: Einzahlungen haben nicht in eine Pflichtversicherung zu erfolgen, sondern es bestehe nur die Pflicht zur Versicherung. Dem Einwand, dass ein Mittelstandsvorsitzender ein solches Thema tunlichst nicht ansprechen solle, entgegnete Linnemann: „Wenn wir nicht darüber reden, dann reden andere darüber und dann bekommen wir eine staatlich aufoktroierte Pflichtversicherung. Und das will doch kein Mittelständler.“ A.S. ■



Zur Person

Carsten Linnemann

Auf der 11. Bundesdelegiertenversammlung (11. Oktober 2013) der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) in Braunschweig wurde Dr. Carsten Linnemann zum Bundesvorsitzenden gewählt. Der promovierte Volkswirt aus Paderborn trat damit die Nachfolge von Dr. Josef Schlarmann an. Am 14. November 2015 wurde Linnemann in Dresden mit 98,7 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.

Carsten Linnemann (Jahrgang 1977) ist seit dem Jahr 2009 direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages (Wahlkreis Paderborn und Schloss Holte-Stukenbrock). Im Deutschen Bundestag ist er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss. Zudem gehört er dem Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) an. Weiterhin ist Carsten Linnemann seit 2009 Mitglied im Landesvorstand der CDU Nordrhein-Westfalen.

Der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU gehört Carsten Linnemann seit 2003 an. Seit dem Jahr 2009 ist er Mitglied im Landesvorstand der MIT Nordrhein-Westfalen und im Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung. Von 2011 bis 2013 war Linnemann Vorsitzender der MIT-Kommission „Arbeit und Soziales“.

Bei allen Abstimmungen über die Griechenlandhilfe und zur Eurorettung stimmte Linnemann mit Nein. Er setzt sich für eine Alternative zur Rettungsschirm-Strategie in Form einer Insolvenzordnung für die Staaten der Eurozone ein. Neben Wolfgang Bosbach ist Carsten Linnemann der wohl bekannteste Kritiker der „Euro-Rettung“ innerhalb der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Weiterhin ist Carsten Linnemann Initiator und Unterstützer der „Flexi-Rente“. Auch in der Flüchtlingsfrage setzt Linnemann andere Akzente als die Bundeskanzlerin und die Parteispitze. So fordert er dringend eine Begrenzung der Zuwanderung und sprach davon, dass die Stimmung im Land „unterirdisch“ sei. Dafür wurde er von Volker Kauder auf einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion öffentlich gerügt. Zudem kritisiert Carsten Linnemann Teile der Wirtschaft, die den Eindruck erweckt hätten, dass Flüchtlinge die Fachkräftelücke schließen könnten. ■